

Prof. Dr. J. Schnell, GenLt a.D.

Dipl.- Kfm. G. Á. Straub, Olt

Universität der Bundeswehr München
- Sicherheits- und Militärökonomie -
- Streitkräftemanagement -

Werner-Heisenberg-Weg 39
D-85577 Neubiberg

Juergen.Schnell@unibw-muenchen.de
Gabriel.Straub@unibw-muenchen.de

Tel. 0 89/ 60 04 - (0) 22 97



FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTS- UND
ORGANISATIONSWISSENSCHAFTEN
- SICHERHEITS- UND MILITÄRÖKONOMIE -
- STREITKRÄFTEMANAGEMENT -

STUDIEN ZUR ZUKUNFT DER BUNDESWEHR

- UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE -

Teilstudie G (Vorläufer) - Auswahl wesentlicher Konsequenzen, die mit einer Bundeswehr mit einem Personalumfang von 290.000 bei einer Grundwehrdienstdauer von 6 Monaten zu erwarten sind

Stand: 21.12.1999

<http://www.unibw-muenchen.de/campus/WOW/v1054/miloek1.html>

Vorbemerkung

Nach einem „Spiegel- Bericht“ (Spiegel 50/1999) soll sich die militärische Führung für eine Reduzierung der Grundwehrdienstdauer auf 6 Monate und eine Beibehaltung der Anzahl der Berufs- und Zeitsoldaten (bei ca. 200.000) ausgesprochen haben.

Diese Zahlen wurden vom BMVg als „Spekulationen“ bezeichnet.

Dessenungeachtet kann ein solches Model für die zukünftige Gestaltung der Bundeswehr in Betracht gezogen werden. Es ist deshalb Gegenstand unserer Teilstudie G. Erste Ergebnisse enthält dieses Papier.

I Wesentliche Annahmen

1. Grundwehrdienstdauer 6 Monate. Anzahl der Zeit- und Berufssoldaten ca. 200.000. Proportionale Reduzierung der Anzahl der Zivilisten auf ca. 110.000.
2. Gewährleistung Wehrgerechtigkeit wie bisher
3. Beibehaltung bisheriger Basisstrukturen
 - Heer/ Lufwaffe/ Marine/ ZMil/ ZSan
 - Trennung Streikkräfte/ Ziviler Teil der Bundeswehr bleibt
4. Dienstposten- Aufteilung auf Organisationsbereiche ähnlich wie bisher
5. Dauer der Umstrukturierung acht Jahre, etwa 2001 beginnend
6. Zusatzausgaben infolge der Auslandseinsätze nicht aus Einzelplan 14, sondern aus anderen Einzelplänen (Einzelplan 60). Sonst keine zusätzliche Finanzierung aus anderen Einzelplänen
7. Berücksichtigung von Rationalisierungsgewinnen
8. Erreichung einer 30%igen Investitionsquote (Forschung, Entwicklung und Erprobungen, militärische Beschaffungen, militärische Anlagen und sonstige Investitionen) am Verteidigungshaushalt
9. Berücksichtigung einer Inflationsrate von ca. 2% p.a.

II. Wesentliche Konsequenzen (ausgewählte Ergebnisse einer ersten Analyse)

1. Finanzbedarf:

- in Preisen von 1999: ca. 48 Mrd. DM
- in Preisen von 2003: ca. 51 Mrd. DM (die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung sieht für das Jahr 2003 43,7 Mrd. DM vor).
- in Preisen von 2010: ca. 60 Mrd. DM

2. Personalstärken

- militärische Personalstärke : - ca. 15%
- zivile Personalstärke : - ca. 15%
- insgesamt : - ca. 15%

3. Fähigkeit zu Auslandseinsätzen steigt um ca. 15%

4. Verteidigungsumfang nimmt um ca. 15% ab

5. Investive Lücke/ Ausrüstungslücke

- z.Zt. ca. 20 Mrd. DM
- zunächst in der Phase der Umstrukturierung anwachsend
- die investive Lücke der Bundeswehr könnte in sehr langfristiger Perspektive (ca. 10 Jahre nach Einnahme der Zielstruktur, d.h. etwa 2018) abgebaut werden

6. Risikoteilung

Im Vergleich zum fähigkeitsorientierten Modell der Teilstudie F läge das Modell ca. 20% unter den Erwartungen einer „fairen Risikoteilung“ unserer NATO- Verbündeten

7. Lastenteilung

Die Verteidigungsquote (d.h. der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP) nach NATO- Kriterien in Preisen von 1999 bliebe mit ca. 1,6% in etwa konstant. Zum Vergleich: der Durchschnitt aller NATO-Staaten liegt bei ca. 2,6%.